

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 10.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eintragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover
Sonnabend, 16. Mai 1903.

12. Jahrg.

Geschäftsinsolvenz pro 3gespalt. Seite oder deren Haft 25 Pf. für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhofstr. 6.

Zur Beachtung!

Bei Zahlstellen haben von den Beiträgen, die nach § 5 von Mitgliedern erhoben werden, die während ihrer Mitgliedschaft invalide geworden sind, 33½ bzw. 25 Prozent abgezogen. Dieser Abzug ist unberechtigt, die Beiträge der invaliden Mitglieder müssen uns voll zugesandt werden. Auch ohne Abzug bleibt der Beitrag invalider Mitglieder um 25 Prozent unter dem Beitrag zurück, welchen wir von jedem anderen Mitgliede erhalten. Dass wir zu dieser Einbuße am Beitrag auch noch eine solche von 25 Prozent zu Gunsten der Zahlstellen erhalten sollten, das wäre ungerecht und würde dahin führen, dass nur wir eine Einbuße an Beiträgen von invaliden Mitgliedern erleiden. Wichtiger ist aber, Verbandsklasse und Volkskassen tragen den Ausfall gemeinsam. Mit Ausnahme der genannten Zahl ist auf allen Zahlstellen so verfahren, indem sie uns die Beiträge voll eingesandt haben. Von den vier Zahlstellen haben drei auf Nachricht von uns die Abzüge unverlassen. Nur eine will auch in Zukunft die Prozente abziehen, wenn wir nicht eine Bekanntmachung veröffentlichen, welche auf das Ungerechtigkeit des Abzuges aufmerksam macht. Das soll hiermit geschehen sein.

Mit loll. Gruß

J. A. Aug. Brey.

Die indirekten Steuern.

In deutschen Gauen rüstet man zu den Reichstagswahlen, die am 16. Juni stattfinden werden. Den Wahlmogeln ist durch ein Gesetz, das der Reichstag noch kurz vor seinem Auseinandergehen annahm, das einträgliche Geschäft der Wahlbeeinflussung etwas erschwert worden. Bei der nächsten Wahl haben die Wähler ihre Stimmzettel in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die Wahlhandlung ist um eine Stunde verlängert und dauert bis 7 Uhr Abends. Der Vorsprung, den die in der Gnade der Regierungen und Behörden sich sonnenden Parteien bislang hatten, und der eben durch unerhörten Druck auf die Wähler sich bemerkbar machte, ist ihnen genommen. Trotz aller Erfindungsgabe werden sie doch so rasch ein gleich wirksames Mittel der Wahlbeeinflussung nicht finden, wie es die Kontrolle der Stimmenzettel gewesen ist! Deshalb mehr wird man die Wähler bearbeiten mit Lügen und Verdrehungen. Die Belastung des Volkes, welche heute schier unerträglich ist, wird auch ihre „Rechtfertigung“ und „Beschönigung“ erfahren. Daher sei Einiges über Wesen und Bedeutung indirekter Steuern angeführt:

Die Einnahmen des deutschen Reiches werden nicht wie diejenigen der Bundesstaaten dadurch zusammengebracht, dass die Bevölkerung je nach ihrem Einkommen und Vermögen eine direkte Steuer in baarem Gesinde entrichtet, sondern dadurch, dass eine Reihe von Gebrauchsgegenständen, insbesondere Nahrungs- und Genussmittel, mit Zöllen bei der Einführung vom Auslande oder mit Verbrauchsabgaben belegt sind. Diese Zölle und Verbrauchsabgaben werden als indirekte Steuern bezeichnet; sie sind, wie schon Bassale in seiner Rede: Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse (1863) sagte, solche Steuern, die auf irgend welche Bedürfnisse, z. B. auf Salz, Getreide, Bier, Fleisch, Heizungsmaterial oder z. B. auf Bedürfnisse zum Rechtschuh, Justizkosten, Stempelbogen usw. gelegt werden und die sehr häufig der Einzelne in dem Preise der Dinge bezahlt, ohne zu wissen und zu merken, dass er jetzt steuert, dass es die Steuer ist, welche ihm den Preis der Dinge verhöhnt.

Die Volksmasse nicht merken zu lassen, was sie bezahlen muss, das war einer der Hauptgründe für Einführung der indirekten Steuern. Das hat Bismarck am 22. November 1875 im Reichstage offen zugestanden, indem er sagte:

Ich erkläre mich von Haus aus wesentlich für Einführung aller Mittel durch indirekte Steuern; was auch theoretisch dagegen gesagt werden mag, faktisch ist, dass man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wie viel der Einzelne zahlt, wie viel auf andere übertrudet wird!

Mit seiner Befürwortung der indirekten Steuern stieg Bismarck weit unter die Auffassung herunter, die in einer am 21. September des Jahres 1849 vom Ministerium Manteuffel überreichten königlichen Botschaft folgenden Export:

schaft ausgedrückt war, dass die indirekten Steuern die ärmeren Klassen des Volkes unverhältnismäßig belasten, dass der „gemeine Mann“ besonders durch die Steuern auf Brot und Fleisch „gegen die Wohlhabenden übertrudet sei“, und dass das „mit den Grundsätzen einer der Gerechtigkeit entsprechenden Steuergesetzgebung unverträglich“ genannt werden müsse. Über solche „Gerechtigkeitschäulen“ sind die Staatsweisen von heute erhaben! Die Politiker der besitzenden Klasse auch. Durch die indirekten Steuern läuft es sich bequem erreichen, dass den Armen, den nichts oder wenig Besitzenden, der größte Theil der Steuerlast aufgebürdet wird. Dadurch gelangt das Reich zu Einkommen, und die Vermögen der Besitzenden werden geschont. Würde man diese zur Deckung der Ausgaben, die der wachsende Militarismus und Materialismus verursacht hat — die vier Statistiken Reichsheer, Marine, Binnen der Reichsschuld aus Heer und Marine und Pensionsfonds für Heer und Marine erforderlich:

1872	321 628 200 M.
1897	846 300 700 "
1903 (Voranschlag)	1 062 536 500 "

(sie sind in 32 Jahren um mehr als das Dreifache gestiegen!) — intensiver herangezogen haben, drei Biertheile ihres Patriotismus würden verbraucht sein.

Die Zölle und Verbrauchsabgaben sind in drei Gruppen zu trennen. Die eine umfasst diejenigen, welche nur zum Nutzen der Reichsklasse vorhanden sind. Es sind dies die Finanzzölle, z. B. die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao, Chokolade, ausländische Tabake, Gewürze, Petroleum, und die Finanzabgaben auf Salz, Bier und einheimischen Tabak. Die zweite Gruppe der indirekten Steuern umfasst die Schatzzölle, die nicht nur Einnahmen für das Reich schaffen, sondern gleichzeitig auch einzelne Schichten der besitzenden Klasse auf Kosten der Konsumen bereichern.

Die dritte Gruppe der indirekten Steuern umfasst die Liebesabgaben, das sind diejenigen Verbrauchsabgaben, von denen entweder ein Theil als Branie an die Produzenten gezahlt wird, wenn sie ihre Ware nach dem Auslande senden, oder von denen ein Theil unter gesetzlich festgelegten Bedingungen nicht zur Erhebung gelangt, trotzdem aber dem Konsumenten beim Einkauf der Ware mit angerechnet wird, wie bei der Brantweinsteuer, wo den Brantweinbrennern eine jährliche Liebesgabe von 40 Millionen und darüber auf Kosten der brantweinentinkenden Bevölkerung zugeschanzt wird. Aus vorstehend bezeichneten 3 Steuergruppen resultierte eine Belastung auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1876/77: 6,89 M., 1895/96: 15,21 M., 1901: 16,52 M.

Mit dieser gewaltigen Steigerung soll der Gipfel aber noch nicht erreicht sein! Der neue Zolltarif, dem die Mehrheit des Reichstages am 18. Dezember zugestimmt hat, bringt eine gewaltige Erhöhung der Schatzzölle. Also schärferer Steueraufdruck — dagegen in der nachdrücklichsten Weise sich zu wenden ist Pflicht all Derer, die im Schweiße ihres Angesichts, aber auch für jeden Groschen schwer arbeiten müssen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Günstige Urtheile über die Kohlen- und Eisenproduktion. — Der Staat und die Eisenbahnausträge. — Das Kalishudikat. — Aktiengesellschaft Krupp und amerikanischer Stahlreust.

Die Produktion behält im Ganzen ihren aufsteigenden Gang weiter bei, und auch das Preisniveau beginnt mehr und mehr ein günstigeres Aussehen zu gewinnen.

So stand nach dem Vorstandsbereich des rheinisch-westfälischen Kohlenverbands die Förderung im ersten Quartal 1903 (12 743 895 Tonnen) um 11,01 Prozent über dem ersten Quartal 1902. In ganz Deutschland betrug nach den amtlichen Angaben (im ersten Quartal) die Produktion:

1903	1902
an Steinholzen : 28 800 905 Tonnen	25 080 178 Tonnen
Braunkohlen : 11 140 143 :	10 205 895 :
Koks : 2 688 336 :	2 099 439 :
Brülets- u. Nag : 2 475 839 :	2 040 312 :

Die Vermehrung ist demnach eine ganz beträchtliche. Andererseits ist freilich die Produktionsfähigkeit der Gruben durch Erweiterungsbaute und Neuanlagen in ganz enormem Maße gewachsen; doch immerhin betrug im rheinisch-westfälischen Syndikatgebiet die „Minderförderung“ in diesem Jahre nur 16,46 Prozent gegen 21,13 Prozent in den gleichen drei Monaten 1902. Dagegen hat die Ausfuhr noch niemals soviel eine ähnliche Höhe erreicht. Die Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel zeigen für Januar bis März bei Nr. 26 des Zolltarifs (Steinholzen, Braunkohlen, Koks, Dorf, Dorfstöcken) folgenden Export:

	Also 1903 mehr gegen	1903	1902	1901
1903	5 233 709 Tonnen	35 086 324	36 281 288	
1902	4 128 195	1 728 789	1 778 382	
1901	4 328 141		905 568	
Bon überwiegendem Einfluss ist dabei die Steinholze, hinter der erst in denbar weitem Abstand die Braunkohle folgt, während die Braunkohle so gut wie gar nicht exportiert, dagegen aus Böhmen-Oesterreich starke importiert wird. Es seien daher noch die Einzelziffern des Kohlenexportes für Januar-März mitgeteilt. Es betr. (in Doppelzentnern, 10 Doppelzentner = 1 Tonne) die Ausfuhr				
1903	43 853 861	1 728 789	1 778 382	
nach Freih. Hamburg	1 544 626			
Freihafen Bremerhaven, Geestemünde	720 255	570 059	626 610	
Belgien	6 011 603	5 031 937	3 574 211	
Dänemark	305 465	178 722	83 529	
Frankreich	8 218 502	1 814 256	1 684 117	
Großbritannien	57 416	58 694	77 498	
Italien	135 605	78 764	85 251	
Niederlande	12 389 796	8 628 787	8 936 381	
Norwegen	4 649	14 703	16 110	
Oesterreich-Ungarn	14 814 532	13 041 953	14 947 313	
Rumänien	3 481	88 530	100 038	
Rußland	1 654 948	1 273 756	2 415 608	
Finnland	16 966	15 800	17 054	
Schweden	45 844	40 149	15 806	
Schweiz	2 848 242	2 495 857	2 514 502	
Kinautshou	—	17 705	1 450	
Vereinigte Staaten von Amerika	—	1 506	—	

Belgien, Holland und Frankreich waren also die Hauptaufnahmegerüste, sodass auch hier wieder die günstigere Stellung des Westens gegenüber den schlesischen Revieren zu Tage tritt. Die oberschlesischen Revieren z. B. sind ausschließlich auf die Eisenindustrie in Oberhohenstein selber und dann in Oesterreich-Ungarn und Russisch-Polen angewiesen; andere Märkte vermögen sie nicht zu erreichen.

Um Bereich deutscher Eisenhüttenleute schillerte Herr Lung-Oberhausen die Aussichten der Eisenproduktion gleichfalls als wesentlich verbesserte; man geht nicht mehr so vorwiegend von der Ausfuhr, sondern gerade der heimische Bedarf habe sich seit Beginn des neuen Jahres ansehnlich gehoben. Er kündigte auch die Gründung eines deutschen Stahlwerksverbandes und eine Besserstellung der Fertigfabrikationsweise an. Bemerkenswerth war dabei noch das Urtheil des Herren Macco-Siegen über das künftige Verhältnis zu Mexiko: Da der Bedarf der Gruben und der Eisenwerke durch die Bildung der United States Steel-Corporation größtmöglich in einer Hand liege und diese große Gesellschaft für unabsehbare Zeit die Macht habe, den inländischen Markt zu beherrschen, so sei nicht zu erwarten, dass sie in den nächsten Jahren die Preise wesentlich herabsetze und dadurch für das Ausland gefährlich werde. Man müsse allerdings damit rechnen, dass die ungeheure Kapitalien, die in diese Gesellschaft gestellt sind, kurzer Hand reduziert werden können. Geschehe dies, so könnte die Konkurrenz des Stahltrusts für das Ausland stürzen, da bei geringeren Kapitalien und den offenbar geringen Selbstkosten der Markt durch den Stahltrust schwer erschüttert werden könnte. — Der Trust nutzt also nach Herrn Macco bis zu einem gewissen Grade der ausländischen Konkurrenz. Wenn jedoch von kartellgegnerischer Seite und mit Bezug auf deutsche Verhältnisse ähnliche Nachtheile betont werden, so soll mit einem Male das Gegenheil richtig sein.

Bedeutsam werden natürlich für die Eisengewerbe auch in der nächsten Zeit die Bestellungen der Staatsbahnen sein. Für Preußen-Hessen und die Reiche land schreibt hierüber die offiziöse Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen: Als Bedarf der Staatsbahnen für das Staatsjahr 1903 (1. April 1903 bis Ende März 1904) sind im Herbst vorigen Jahres auf Grund des Abkommen mit den vereinigten Schienen- und Schwelzenwalzwerken (vom August 1902) zum Grundpreise von 116 M. für 1 Tonne Schienen und von 108 M. für 1 Tonne eisernen Schwellen zunächst 240 300 Tonnen Schienen und 114 900 Tonnen eisernen Schwellen bestellt worden. Zur Beschleunigung des Einbaues von starkem Oberbau (Form 8 und 9) auf den mit durchgehendem Schnellzugverkehr am meisten beladenen preußisch-hessischen Eisenbahnlinien, wofür unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnmats für 1903 zum ersten Male 15 000 000 M. ausgeschrieben sind, wurde im vergangenen Winter die Nachbestellung von 32 400 Tonnen Schienen und 17 500 Tonnen Eisenbeschlägen erforderlich. Weitere 4000 Tonnen solcher Schwellen sind zur Ergänzung des ordentlichen Bedarfs für 1903 noch fürstlich beschafft worden. Für diesen Reibedarf, sowie für den bis zum 31. März 1904 weiterhin zu erwartenden Bedarf der preußischen und hessischen Staatsseisenbahnen, der Reichseisenbahnen und der Königlichen Militäreisenbahn an Schienen und eisernen Schwellen wurde im Wege des Nachtragsvertrages mit den vereinigten Walzwerken der Grundpreis der Schienen auf 112 M. und der eisernen Schwellen auf 105 M. für 1 Tonne festgesetzt. Einem oberschlesischen Walzwerk wurde auf Grund eines Sonderangebots unter Zustimmung des mitbeteiligten Syndikatwerkes weitere 1000 Tonnen eisernen Schwellen für die vereinigten Gleisbahnen auf Schnellzugstrecken zu dem Ausnahmepreise von 100 M. für 1 Tonne in diesem Frühjahr freiändig in Auftrag gegeben. Damit stellt sich für das Rechnungsjahr 1903 der von den vereinigten Werken zum gegebenen Theil bereits gedeckte Gesamtbedarf der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft auf rund 265 800 Tonnen Schienen und 187 000 Tonnen eisernen Schwellen. Um den Walzwerken eine thunlichst stetige Beschäftigung und den beteiligten Verwaltungen die rechtzeitige Lieferung zu sichern, wird der für das Staatsjahr 1904 zu erwartende ordentliche Bedarf der preußisch-hessischen Staatsseisenbahnen bis zu 227 000 Tonnen Schienen und 113 000 Tonnen eisernen Schwellen

nur wenige. Aus anderen deutschen Städten, so aus Hamburg, kommen ähnliche Nachrichten über verschärfte Maßnahmenregelungen. In Magdeburg werden alle Arbeiter auf drei Tage, in Halberstadt auf sieben Tage ausgesperrt. Nur aus Soltau wird berichtet, daß die Auspeppung bis auf Weiteres verhängt sei.

— Wieder eine Aussperrung! Die Firma Joh. C. Tiedenborg & Co., Schiffswerft und Maschinenfabrik, hat den Arbeitern, etwa 1600 an der Zahl, bis auf 10–12 Monate am 30. April gefordert. Die Fristigung wurde den Arbeitern durch einen Bettel mit folgendem Inhalt mitgeteilt:

„Wir kündigen Ihnen hiermit zum 14. Mai d. J. das zwischen uns bestehende Arbeitsverhältnis.“

Gestrande, den 30. April 1903.

Joh. C. Tiedenborg & Co.,

Schiffswerft und Maschinenfabrik.

Die gesammelten Tiedenborg'schen Arbeiter fliegen also am 14. Mai ohne Weiteres aufs Strafenpflaster, weil nun, weil die Firma es eben will, denn einen auch nur halbwegs plausiblen Grund für ihr brutales Vorgehen hat sie nicht. Wegen Erfüllung von Ablösearbeit schweben Differenzen, die aber bei einigermaßen gutem Willen der Firma zum Nachgeben hätten möglich gewesen können.

Unter den Arbeitern herrscht erstaunlicherweise über die Ablösenahme die größte Euphorie. Unter ihnen befinden sich Leute, die 15 bis 20 Jahre und darüber hinaus bei Tiedenborg gearbeitet haben. Einer war sogar 43 Jahre dasselbe thätig. Auch diese müssen jetzt der alten Arbeitsstätte Balet sagen, ohne Grund, ohne Ursache werden sie entlassen. Das erzeugt Haß, das erzeugt Erbitterung.

Zuzug von Schiffszimmerern, Schiffbauern, Tischlern, Metallarbeiten &c. nach Geestemünde-Bremervörde ist streng fernzuhalten.

— In Kiel hat eine am 7. Mai abgeholte Versammlung des Arbeitgeberverbandes für das Bauwesen beschlossen, angeblich des fortwährenden Streiks der Bergmänner und des zu erwartenden Maurerstreiks am Mittwoch die Aussperrung aller in der Baubranche beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wenn bis dahin nicht der Bergmännestreich beendet ist. Der Generalaussperrung wird am Mittwoch wiederum eine außerordentliche Generalversammlung vorausgehen, in der Bericht erstattet werden soll über die Abschlüsse der sammelnden bei der Baubranche interessierten Lieferanten. Man will dadurch, daß diese gleichfalls dem Verbande beitreten, einen Ring der Arbeitgeber und Lieferanten bilden, um einen Druck auf die wenigen noch ausstehenden Unternehmer auszuüben, die die Forderungen der Streikenden bewilligt haben.

— Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs versendet folgendes Schreiben:

Hamburg, den 24. April 1903.

Die Arbeitsuchenden haben in der letzten Zeit wieder angefangen, sich direkt mit unseren Mitgliedern wegen Entzug von Arbeit durch die verbotene Umfrage in Verbindung zu setzen. Es ist dann auch mehreren gelungen, daß Mitleid zu erregen und dadurch die direkte Einstellung zu erlangen. Wir glauben nun anzumerken machen zu müssen, daß hierdurch den übrigen Arbeitsuchenden und dem Arbeitsnachweis Schaden zugefügt wird und die durch Jahre errungene unparteiische Handhabung des Arbeitsnachweises in Frage gestellt werden könnte, weil diese Umfrage in rascher Weise angenommen hat. Wir bitten deshalb ergebenst, Ihre Bestellungen auf Arbeitsnachweis ausschließlich dem Arbeitsnachweis zu kommen lassen zu wollen und die direkt sich bei Ihnen meldenden abzuweisen.

Hochachtungsvoll

Verband der Eisenindustrie Hamburgs.

J. U.: Thielkow, Sekretär.

Das sind die Leute, die immer von dem „Territorium der Sozialdemokratie“ fassen. Kann es einen ärgerlichen Terrorismus geben als den, den das Maßregelungsbureau an Freienkamp ausübt? Und dieselben Unternehmer, die den Arbeitern gegenüber

immer bedauern, sie „mögen Gott im Hause bleiben“, lassen sich hier von dem Scharfmacherhelden Antimachen, daß sie nicht „Gott im eigenen Hause“ sind, sondern nach der Spur des Scharfmachers treiben zu lassen haben.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Vorstandes des Bauw. 17 unternahm der Unterzeichnete eine Agitationstour nach dem Norden und sprach am 18. April in Bremen. Die Verhältnisse in Bremen bedingen, daß ein großer Teil der hier wohnenden Arbeiter nach auswärts zur Arbeit gehen müssen. Dadurch wird die Agitation sehr schwierig, trotzdem gelang es, 12 Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Am 21. April tagte eine Versammlung in Flensburg, deren Besuch bestreitete, und welche wohl auch zur Gewinnung neuer Wahlergänzung beigetragen hat. In Schleswig wurde am 22. April eine Revision vorgenommen, welche der vollständige Zusammenbruch der Zahlstelle festgestellt wurde. Die Zahlstelle zählte 100 Mitglieder, die aber alle ohne jede Geschäftigung waren. Sämtlich man sie von Flensburg oder Spandau bei den Geschäftsmännern der Befreiung unterdrückt, dann hätte der Zusammenbruch verschwunden und eine Zunahme der Mitgliederzahl erreicht werden können. — Am 23. April tagte eine schwach besuchte Versammlung in Lübeck. Hier haben unsere Kollegen in Folge des arbeitsfreihändischen Verhaltens des Arbeitgeberbundes (wohl auch wegen Übereinkunft der eigenen Stadt, D. R.) eine Niederlage erlitten. Der heftige Streit hat Wahlregeln im Gesetz, und es wird eifriger Arbeit bedürfen, die Scharfe wieder auszuweichen. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 24. April in Schlesien. Auch hier bringen die Erwerbsverhältnisse die Arbeiter hinaus, um draußen Arbeit zu suchen. Unter der Angriff der Erwerbsverhältnisse läßt die Agitation, hoffentlich gestalten sie sich besser. Wie dem Segen der Sonnenchein folgt, so werden auch für unsere Kollegen in den großen Orten wieder lichtere Zeiten folgen, wenn sie uns zusammenhaltend streben und kämpfen. A. Schulze.

Zur Stärkung und Ausbreitung unserer Organisation wurden von dem Unterzeichneten in den letzten Wochen wieder eine Anzahl von Versammlungen abgehalten. Am Montag, den 20. April, fand in Freiburg i. Br. eine öffentliche Versammlung statt, welche von dem dortigen Kartell einberufen wurde. Der Besuch war ein schwacher, doch war es möglich, durch einige Ansichten worldweit Fuß zu fassen. Die Verhältnisse der für uns in Frage kommenden Arbeiter sind sehr schwierig, doch wird es möglich sein, durch starke Agitation des Kartells eine lebensfähige Zahlstelle zu errichten. Von besserem Erfolg begleitet war eine am Sonntag, den 26. April, von den Kollegen von Bautzen eingerufene Versammlung in Sulzbach bei Schramberg im westlichen Schwarzwald. Trotz des guten Wetters war der Besuch ein guter und wurde nach dem mit Besuch ausgenommenen Bericht mit 12 Aufnahmen der Grund zu einer Zahlstelle gelegt. Die Stimmung unter den dort Aufgenommenen läßt das Beste hoffen und die Kollegen von Bautzen werden ihr Möglichstes thun, um eine stattliche Zahl Verbandsgenossen in nächster Zeit zusammenzubringen. Am Abend des gleichen Tages fand in Bamberg eine Mitgliederversammlung statt, an welcher, da aus verschiedenen Umständen eine öffentliche Versammlung nicht stattfinden konnte, auch Nichtmitglieder eingeladen waren. Der Besuch war ein guter und der Bericht über: „Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft“, fand begeisterten Beifall. Diese Versammlung hat viel zur inneren Stärkung beigetragen, auch einige Aufnahmen wurden erzielt. Unsere dortigen Kollegen haben einen beständigen Krieg nach drei Seiten hin zu führen, Friedrichsdorfer Gewerkschaften, Kreisliche und die Unternehmer bekämpfen sie, jedoch ohne Erfolg, im Gegenteil, wir haben dort zwar eine kleine, aber tüchtige Kampftruppe, welche trotz aller Hindernisse mutig weiter arbeitet. Am Montag, den 27. April, fand in Offenburg ebenfalls eine Versammlung statt, doch war der Besuch ein derart schlechter, daß bloß eine zwanglose Beisprechung abgehalten werden konnte. In dieser Stadt liegen die Organisationsverhältnisse noch sehr im Urz, trotzdem die Wohn- und Arbeitsbedingungen die denkbare schlechtesten sind. — Auf Verlangen des Gewerkschaftsrats Singen am Hohentwiel hält der Unterzeichnete bei der dortigen Oberbeamten am 1. Mai die Feier. Die Feier, welche zugleich Propaganda für die Organisation machen sollte, war sehr gut besucht und wurde der Zweck auch vollständig erreicht. Auch hier hat sich die Mitte Februar mit wenigen Mitgliedern gebildete Zahlstelle sehr gut gehoben und ist auch später das Beste zu hoffen. In Möglingen bei Stuttgart wurden Mitgliederglieder für die Zahlstelle Stuttgart gewonnen, ferner wird die vor 1½ Jahren eingegangene Zahlstelle Heuerbach nächstens wieder errichtet werden können, eine Anzahl Mitglieder ist bereits gewonnen. Auch in Schorndorf wurde aufs Beste der Bericht gemacht, eine Organisation unter den Zieglern zu gründen; 10 Männer freuen sich dort in der letzten Versammlung aufzuhören. Einige in ganz Württemberg sind die Zustände, unter denen die Beute zu leiden haben, schlimmer als in den dortigen Siegelnwerken. Der Lohn der Ablösearbeiter wurde selber in Wirtschaften ausbezahlt, die Beute hatten keine Ahnung davon, daß dies gelegentlich nicht zulässig ist. So kamen an dem Abend der Versammlung kurz nach 8 Uhr 10 Personen zu derselben und erklärten, sofern hätten sie ihren Lohn erhalten, es zu 8 Uhr war Feierabend. Hier ist eine Organisation dringend notwendig, um Besserung zu schaffen. Drogen die

Kollegen allerorts ihre Schuldigkeit thun, damit es ins gelingt, Sicht in das überall herrschende Dunkel zu bringen.

R. Böckeler.

Korrespondenzen.

Barmbeck. Über die Erhöhung der Lebensmittelzölle und der Kampf der Gewerkschaften referierte in einer am 28. April abgehaltenen Versammlung Genoss D. Gau. Wenn man bedenkt, führt der Referent an, wie in den Jahren, wo Caprini und Vothenius Reichskanzler waren, die deutsche Reichsregierung gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle war, ja selbst der deutsche Kaiser sich mehrfach ganz entschieden dagegen ausgesetzt, so sieht man nach den Gründen der jetzigen Reichsregierung, daß jetzt vom Reichstage beschlossenen Hollerthungen ihre Zustimmung zu geben. Zu der Zeit hatte Deutschland sich noch nicht mit Hollerthungen in die Weltpolitik begeben. Von den Einnahmen des Reiches kamen die Ausgaben reichlich gedeckt werden. Ja, es wurden Überschüsse gemacht bis zu 40 Millionen Mark. Das war die Zeit des Aufschwungs der Industrie. Das Reich hatte davon riesige Einnahmen an Absatzzöllen. Dann kam die Krise, die Flotten- und Militärprälagen, die enorme Mehrausgaben verursachten, was schließlich zu Defizits in der Reichskasse führte. Allein das Jahr 1901 wies ein Defizit von 48 Millionen Mark auf. Diesen Tendenzen der Einnahmen und Ausgaben ist es zu danken, daß die Regierung ihrer Kurs änderte. Sieht man sich die Frage vor, ob das deutsche Volk in der Lage ist, die Erhöhung der importierten Steuern tragen zu können, so muß man diese mit einem entschiedenen Nein beantworten. Während das Durchschnitts-inkommen in England 788 Pf., in Frankreich 802 Pf., in Amerika 802 Pf., in Kanada 788 Pf., in Australien 1050 Pf. beträgt, ist das Durchschnittsinkommen des deutschen Arbeiters nur 506 Pf. Erstgenannte Länder haben kein 8% auf Lebensmittel, Deutschland erhält seine 12%. 1896/97 kam in England auf den Kopf der Bevölkerung ein Konsum von 59 Pf. Fleisch, in Deutschland von 41 Pf. Zuletzt kam in England pro Kopf 38½ Pf., in Deutschland 12½ Pf. Als gute Patrioten haben wir unsere Industriellen in die Lage versetzt, den Zoll nach England um 10 Pf. pro Pfund billiger zu verkaufen, als wir ihn in Deutschland kaufen können. Viele Millionen wandern jährlich aus den Tischen der Industriellen. In Deutschland werden dreimal soviel Kartoffeln verzehrt als in England. Redner bespricht die überaus traurigen Verhältnisse in Süddeutschland, wo die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel bildet, und streift den Streit der Weber in Mecklenburg, der haarräubernde Zustände an die Oeffentlichkeit gebracht hat. Dann kommt Redner auf die angestrebte Bier- und Tabaksteuer zu sprechen, wodurch die Qualität bedeutend verringernt würde, zum Schaden der Volksgesundheit. Was nun den Kampf der Gewerkschaften anlangt, so sei es klar, daß diese Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel manchen Kampf um besseres Lohn heraufbeschworen werde. Nur dem Kapitalismus etwas abzutragen, ist es notwendig, daß man sich organisiert. Schulte an Schalter kämpfen, dann ist etwas zu erreichen. Zum Schluß weist der Redner noch darauf hin, daß der Fabrikarbeiter-verbund auch Bandarbeiter aufnimmt. Diesen Armuten der Armen, die das Koalitionsrecht nicht haben, das Evangelium von der Befreiung des Proletariats zu bringen, sei eine schöne Aufgabe. Er bitte alle, dies bei jeder Gelegenheit zu thun. Langanhänger der Befreiung wurde dem Referenten zu Theil. An der Diskussion beteiligten sich Böckeler, Klinger und Vogt, welche die Unmehrden aufforderten, dem Verband beizutreten. Darauf trat Stoffel vor etwa von 800 Personen besuchten Versammlung ein.

Dortmund. Am 17. April tagte im Rosale des Herrn Klincke eine öffentliche Versammlung. Kollege Brandau referierte über das Thema: „Welchen Zweck hat die Organisation?“ Redner erläuterte Zweck und Wesen der Organisation und fühlte dar, was der Verband leistet. Es ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen. In der Diskussion wurden die Verhältnisse auf der hiesigen „Union“ gestreift.

Halle a. d. Saale. Eine unfeindwillige Maßfeier mußte der Maschinenfabrikant Kommerzienrat Dehne seinen Arbeitern gewähren. Dort spielte die Betriebsausgabe dem Verband der Industriellen Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr einen bösen Streit. Sie wollte nicht mehr mit und verfogte zum Ende der etwa 400 an Maschinen beschäftigten Arbeiter am Tage der Maßfeier. Der Hollerth, mit dem am 1. Mai gearbeitet werden sollte, hatte es mit sich gebracht, daß der Kurbelgassen warm ließ. Das, was Herr Kommerzienrat Dehne nicht wollte, vollbrachte seine Betriebsausgabe. Kleister und Beamte standen wie „hass“ da. Man spottete, der Maschinenmeister habe die Maßfeier im Kopfe gehabt; die „Leute“ sollten bis 6 Uhr in dem Betriebe gehalten werden. Die Metallarbeiter verlangten aber Bezahlung, wenn sie in der Fabrik blieben und nicht arbeiten sollten. Und da ihnen diese nicht gewährt wurde, gingen die Metallarbeiter dieses großen Industrieunternehmens Nachmittags 3 Uhr doch zur Maßfeier. Hörtentlich wird Herr Dehne deshalb nicht aus dem Verband der Industriellen ausgeschlossen.

Kassel. In der Versammlung am 25. April wurde Bericht von der Konferenz erstattet, welche am 12. April in Stettin getagt hatte. Dem vom feierlichen Grußwährenden Redner Behmann erstatteten Bericht folgte eine sehr scharfe und heftige Diskussion, in welcher das Verhalten der Delegierten scharf verurtheilt wurde. Mit alles gegen 1 Stimme und bei 2 Stimmenthaltungen wurden folgende Anträge angenommen: 1. Die Versammlung erkennt den Beschluß, daß der

und Sorgen und wirtschaftliches Wohlgeschick erneute. Sein Unglück war vor Allem, daß es ein Preuße war! Weder Friedrich Wilhelm III., noch dessen Minister hatten genug Verständnis für die Wichtigkeit der Richard'schen Verträge, und als er sein Vermögen dabei geopfert und Staatszölle in Kauf gebracht, wurde er ihm so lästig und so verächtlich hantet, daß er an den Kolonien mit den heimischen Verhandlungen der Regierung sich auftrieb. Die Schanden erdrückten ihn, und als eine Feindschaft seine ersten größeren Verhandlungen zerstörte, verstand Preußen nicht zu helfen; auch wenn er es ja auch wolltig zu etat sah. Richard wendete sich nun in zahlreichen Schriften an alle europäischen Staaten und forderte sie auf, die Zuckerfabrikation aus Süden einzuführen, nicht nur zu wirtschaftlichen, sondern auch aus menschlichen Gründen: er erkannte an die armen Sklaven, die der Zuckerproduktion in anderen Staaten geopfert werden! Von dieser Befreiung unfeier schwarzten Brüder Richard, wie sie ein Schüler Richard's, Freiherr von Stein, nennt, wird nun in der Folgezeit zwar sehr viel gesprochen, aber ohne Erfolg, denn die Wirtschaftsgegner wird bedenklich nicht durch Absichten auf die Bevölkerung, sondern auf den Markt bestreift, wenngleich es zu den alten Wettbewerben gehört, die bis in unsere Tage hineinreicht, den kapitalistischen Eigentum mit dem Prinzip der Bruderlichkeit zu schützen.

Zu dieser Zeit beginnt wieder eine neue und zwar die für die Gegenwart bedeutsame Epoche in der Zuckerindustrie: Chemie erledigen, daß auch das Rohmaterial auf europäischem Boden gewonnen werden kann, und zwar nicht wie bisher in heißen Sümpfgegenden, sondern in trocknen, kalten Sandstrichen, allerdings aber nicht mehr aus dem südligen Sudeten, sondern aus der Mandchukuo. Es war ein Berliner Chemiker, Andreas Sigismund Matzger, der 1747 zuerst auf die süßen Süße verschwenderischen Süßen aus der Mandchukuo, ohne damit aber auch dessen Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Sudetenrohr prahlenden zu wollen. Diesen Süßen schafft hat auf sein Schüler Richard, der hierfür freilich weniger süßen Lohn, als viel mehr Gram-

waltigen Gegner: die Bahnlegung des Kolonialhandels. Und indem er die Kontinentalsperre verhängt, um Englands Schiffe vom Festlande Europas fernzuhalten, schafft er für die Produktion des Zuckers auf kontinentalem Boden die erste Notwendigkeit: hohe Preise. Hier wirkt also die Politik auf die Produktion ein!

Bisher waren die Produktionskosten sowohl beim Anbau der Zuckerrohr wie bei der Gewinnung des Zuckers aus ihr weit höher als die beim Anbau und bei der Verarbeitung des Zuckerrohrs. Mit der beiderseitigen Energie, die nicht nur Napoleon selbst besaß, sondern die er auch bei seinen Werkzeugen anwenden mußte, rief er in Frankreich auf Grund der Richard'schen Werke eine Zuckerfabrik ins Leben, deren Ausfuhrung und Qualität wie wissenschaftliche Förderung ein beeindruckendes Bild des voradigen Kulturunterschieds zwischen Frankreich und Preußen liefert. Gedenkt man der französischen Schriften wie der Statistik, in denen sie zur Errichtung von Südzuckerfabriken auffordern, — als eine „ländlicherhabende Sprechweise“, wie Swippe zu nennt, kann ich sie aber leichtwegs bezeichnen. Hat sich doch tatsächlich dort für Brot bevorzugter, was durch die eisengewollten Chemiker prophezeiten, und Swippe selber spricht sich wiederholend über den innenliegenden, ungeahnten Auswirkungen der neuen Produktion Frankreichs aus. Allerdings — das Jahr 1814 ließ die so mächtig erzielten Südzuckerfabriken zusammenbrechen — mit der Aushebung der Kontinentalsperre fiel der Zuckerpreis um zwei Drittel; die Währung der Betriebe — es waren 213 mit 8 Millionen Pfund Zuckerprodukte vorhanden — musste eingekauft werden.

Sitz des Gauvorstandes nach Gotha verlegt werden soll, nicht an, weil 3 Stimmen für und 3 dagegen gestimmt haben, Stimmengleichheit aber als Ablehnung gilt, und weil den anwesenden Mitgliedern des Gauvorstandes das Stimmrecht in dieser Sache entzogen war. 2. Der jetzige Gauvorstand hat nicht eher von seinem Posten zurückgetreten, bis eine andere Gaukonferenz eine ordnungsgemäße Abstimmung vorgenommen hat. Die Zahlstelle Kassel stellt bei dem Vorstande den Antrag, die neue Gaukonferenz einzuberufen oder den Gauvorstand mit der Niederlegung zu beauftragen.

Köln-Nippes. Sonntag, den 26. April, tagte hier im Büro des Herrn Schäfer eine Mitglieder-Versammlung. Kollege Fittgen referierte. Er wies im Verlaufe seines Referates auf die Gewalttaten hin, welche gegenwärtig die Unternehmer gegen die Organisationen der Arbeiter in Anwendung bringen und begründete gerade daraus die Notwendigkeit der Organisation. Es liegen sich 4 Kollegen in den Verbund aufnehmen.

Lünenburg. Sonntag, den 19. April, tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in der Kollege Thiemcke über die Total-Arbeitslosen-Versicherung der Zahlstelle Berlin und Umgegend referierte. Redner sprach in seinem Vortrag den Zweck und Nutzen herbei an. Es wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Mai an der Arbeitslosen-Hilfsförderungskasse beizutreten.

Köslin. Am 12. April tagte unsere Mitgliederversammlung, welche die Wahl von Reihenreihen vornahm. Darauf schilderte Kollege Müller die schädlichen Folgen der Allordarbeit, die so viel als möglich vermieden werden müsse. Auf der Arbeitsstelle ist zu kontrollieren, ob die Mitarbeiter organisiert sind. Die angeregte Gründung einer Organisation der Bauarbeiter, welche bislang unsere Mitglieder waren, wurde abgelehnt.

Lüneburg. Eine öffentliche Versammlung, die fast ausschließlich von Arbeitern der Reichenbachischen Zahnfabrik besucht war, tagte am 9. Mai in der "Zentralhalle". Der Vorsitzende der Böttcher-Organisation gab zunächst einen kurzen Situationsbericht über die Arbeitseinstellung auf der Reichenbachischen Zahnfabrik. Er brachte einen Brief des Herrn Reichenbach zur Verlesung, in dem Herr Reichenbach die Sache so darstellt, als wenn die Arbeiter den Ausstand provoziert hätten. Dass davon keine Rede sein kann, drohte wohl kaum erahnt zu werden. Nachdem mehrere Redner sich zu dem Streit geküsst hatten, be sprach Kollege Winkelmann aus Bremen die Antwort des Herrn Reichenbach. In sachlicher Weise widerlegte er den Punkt für Punkt. Die Schuld an dem Ausstand trage Herrn Reichenbach. Es gewinne den Anschein, als wenn die Befreiung der Bohnzahlung nicht der wirkliche Grund zu dem Vor gehen sei. Vielmehr beachtlichere man, das Vereinigungsberecht der Arbeiter zu treffen. Wenn die Arbeiter einmütig zusammenhalten, werde man bald zu Verhandlungen gelangen. Unser Kollege Martens-Harburg ist mit den Ausführungen Winkelmann's in diesen Punkten einverstanden, ist aber der Meinung, dass, sobald sich die Gelegenheit bietet, die Verhandlungen fortgesetzt werden. Inzwischen war folgende Resolution eingegangen: Die am 9. Mai in der "Zentralhalle" tagende Versammlung der Böttcher- und Fabrikarbeiter der Zahnfabrik Reichenbach erklärt, noch wie vor auf dem Boden der Unterhandlungen zu stehen. In Erwartung jedoch, dass Herr Reichenbach die logalen Vermittelungsvorschläge in ver lehren, zur Wahrheit im fristigen Widerspruch stehender Art in seinem Antwortschreiben vom 4. d. Ms. kurz und kündig ablehnt, kommt die Versammlung zu dem Schluss, dass die von Herrn Reichenbach getroffenen Maßnahmen, Einführung eines neuen Zahlungsmodus, weiter nichts als eine neue Provokation sind, dazu geeignet, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Mitglied regte an, als Antwort auf die Provokation eine Bohnforderung zu stellen. Dies wurde abgelehnt. Eine Kommission erhielt den Auftrag, die Ausarbeitung eines Bohnkredits vorzunehmen.

Ottensen. In der Versammlung vom 22. April hielt Kollege Biezenhüter einen Vortrag über die Verkürzung der Arbeitszeit. Außerdem wurde bekannt gegeben, dass auch in diesem Jahre Stammarbeiter zu 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder laut einem Versammlungsbeschluss zu entnehmen sind.

Bottrop. Am Sonnabend, den 18. April, tagte unsere Quartals-Versammlung im "Deutschen Haus". Herr Naturheilender Herr Wolf hielt einen sehr interessanten Vortrag über Gesundheitspflege durch Familie, Gemeinde und Staat. Sehr ausführlich legte er dar, wie viel noch in Bezug auf die Gesundheitspflege in den Familien gesündigt würde. Er schloss seinen Vortrag mit dem Wunsche, dass sich die Arbeiter und Arbeitnehmer organisieren möchten, um mit Erfolg danach streben zu können, bessere Einrichtungen zum Nutzen der betriebslosen Klasse in Gemeinde und Staat zu schaffen. Reicher Beifall wurde ihm zutheil. Der zweite Vertretermann verfasste den Rassendienst und führte aus, dass das neue Jahr erfolgreich für uns begonnen habe und wir mit der diesmaligen Eröffnung wohl zufrieden sein könnten. Dann berichteten die Revisor, dass die Rasse und Kinder in bester Ordnung befunden worden seien, worauf dem Kassirer Entlastung ertheilt wurde. Der erste Vertretermann berichtete unter lebhaftem Beifall, dass in einer Werkstatt schon dadurch die Löhne erhöht werden sollen, weil sich die Arbeiter organisiert hätten. Nach einigen erstaunten Blicken der Betriebsleute an die Anwesenden, fuhr er abzuhören zu lassen, wenn auch vom 1. April ab die Beiträge um 5 Pf. erhöht werden seien, da ja dadurch dann bessere Unterstützungen gewährt werden könnten, schloss der Vorsitzende die Versammlung. Befreite neue Mitglieder wurden dem Verbund zugeführt.

Hövelheim. Seit einigen Jahren war es uns nicht möglich, ein Lokal zur Ablösung einer öffentlichen Versammlung zu bekommen. Jetzt steht uns das Lokal "Kainz Hof" zur Verfügung, jedoch wir an die Garantierung einer Versammlung herantraten konnten. Am 18. April tagte eine sehr gut besuchte Versammlung und nahm ein Referat des Genossen Wolf aus Brühlheim am Main entgegen und hatte zur Folge, dass neue Mitglieder dem Verbund gemessen wurden.

Rothenburgsort. Am 29. April tagte unsere Mitgliederversammlung. Zur Regelung des Unterstützungsweises wurde beschlossen, bis jetzt keine Unterstützung aus der Lokalstelle mehr zu gewähren. Den Rassendienst erstattete Börne. Die Abrechnung wurde von der Versammlung für richtig anerkannt. Der Bericht über die Leistungserbringung in der Lokalstelle erstattete Biermann. Die ganze Leistungserbringung war genau nach dem Beschaffen des Staates eingestellt worden und dem Zentralvorstand unserer Partei das Recht der Verhandlungen mitgegeben. Die Berichterstattung hatte am 2. April stattgefunden, die Fortsetzung war abgelehnt worden und der Zentralvorstand wurde dann sofort in Kenntnis gesetzt, dass am 5. April eine Versammlung stattfinden würde, welche über einen eventuellen Streik zu entscheiden hätte. Dies dahin sollte der Zentralvorstand uns einen endgültigen Beschluss aufnehmen lassen. Ein solcher ist aber zur Berichterstattung nicht mehr eingetroffen. Am 5. April hat Kollege Börne ein Schreiben geschickt, wonach er nur seine persönliche Stimme niedergeschrieben habe. Hierüber entnahm ich eine längere Zeitige Diskussion; dass kommissarische Bevollmächtigte des Zentralvorstandes in einer so ernsten Sache wurde höchst gesetzestreng und beschlissen, sich mir einer Beschwerde an den Zuständig zu machen und die Briefe bis zum nächsten Berichtstag einzubehalten.

Ein stark bewaffneter Verband des Verbundes kann mir nicht gefährdet werden. Dieser hat seine Bevollmächtigte zur Sache in unserer Zeit geführt und die Kollegen haben es

nicht, was nach Lage der Dinge zu erreichen war. Die Versammlung am 5. April wird auch wohl eingesehen haben, dass bei der im Allgemeinen vorherrschenden Situation eine Niederlegung der Arbeit die Bewilligung der Bohnförderung nicht gebracht haben würde. Der Umstand, dass sie die Lage ebenso beurteilte, wie ich es thut, wird wohl Beratung gewesen sein, dass Einstellung der Arbeit nicht beschlossen wurde. Zu einem Beschluss, die Arbeit einzustellen, hätte die Versammlung aber auch nicht kommen können, wenn die Antwort, die ich gab und welche vom Vorstande nachträglich gebilligt wurde, der Versammlung vorgelegen hätte und beachtet worden wäre.

Meine Antwort lautet: — Wenn Eure Versammlung am Sonntag bezüglich der Bohnförderung nichts Bindendes beschlossen hat, möchte ich Euch dringend anempfehlen, die Einstellung der Arbeit zu vertagen, und wenn die Bohnförderung anders als durch Einstellung der Arbeit nicht durchführbar ist, auch diese zu vertagen. Ohne Zweifel ist die Firma eine solche, die dem Hamburger Arbeitgeberverband angehört. Die Erfahrung hat gelehrt, dass die Angehörigen des Arbeitgeberverbandes, wenn man sie nicht durch Verhandlungen zum Nachgeben veranlassen kann, durch einen Streik, und wenn dieser ihnen auch die größten Nachteile bringt, zum Entgegenkommen schwer zuwingen kann. Dass die Scharfmacher in diesem Frühjahr ganz besonders wieder aktiv sind, beweisen die Vorgänge und Aussperrungen in Berlin, Bremens, Herford. Ein Streik würde Euch dem Ziele nicht näher bringen . . .

Versammlung und Vorstand sind, von gleichen Voraussetzungen ausgehend, zu Beschlüssen gekommen, die sich sachlich vollständig mit einander decken. Erwarteten nun einige Kollegen von uns, wir schicken eine Aufforderung zur Niederlegung der Arbeit?

U. B.)

Sommerfeld. In einer öffentlichen Versammlung referierte Herr Regenhauer über: "Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die arbeitende Klasse". Redner betonte, dass der Arbeiter nur wirksam durch die Vereinigung seine Interessen wahren könne. Den Unternehmern, die sich zu mächtigen Unternehmerverbänden zusammengethan haben, müssen es die Arbeiter gleich thun. Eine im Sinne des Referates gehaltene Resolution gelangte zur Annahme.

Am 26. April tagte eine Mitgliederversammlung, in welcher die Abrechnung vorgelegt wurde und auch vom Agitationskomitee wurde abgerechnet. Dann wurden die Vertrauensmänner gewählt. In der Schneidemühle von Böhlitz und Sommerfeld in Borsdorf sind fürzlich acht Arbeiter entlassen worden. Man teilte ihnen mit, dass sie ausgesetzt müssten. Nun hat vor Kurzem in Engelsdorf eine Versammlung stattgefunden, an der auch Arbeiter der erwähnten Firma teilgenommen und in der Diskussion die Verhältnisse daselbst kritisiert hatten. Die Redner hatten keine Kenntnis davon, dass auch der gegenwärtige Inhaber der Firma der Versammlung bewohnte. Einem der Entlassenen wurde später bedeckt, in der Versammlung könne er große Reden halten und im Geschäft führe er den Mund nicht aufzuhören. Weiter befindet sich unter den Entlassenen ein Arbeiter, der vor langer Zeit Flugblätter für den Verband zur Gewinnung von neuen Mitgliedern ausgetragen hat und dieser Vorgang war der Firma zu Schaden gekommen. Nach alledem lässt sich leicht ermessen, welche Gründe für das Aussezgen von Einfluss gewesen sein mögen. Die Höhe in der Schneidemühle betrugen pro Stunde 25 Pf., sie sind demnach nicht die besten. Aber es ist auch hier wieder das alte Bild: die Arbeiter sind noch nicht genügend organisiert, um sich bessere Verhältnisse zu schaffen und Entlassungen, wie im vorliegenden Falle, vorbeugen zu können.

Thale a. O. Hatz. In einer traurigen Geschäftslage befindet sich schon seit längerer Zeit die hiesige Kalksandsteinfabrik Gewerkschaft Badenhardt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man einen großen Theil der Schuld daran den Vereinigten Ziegelfabriken zuschreibt, an deren Spize der ehemals in der Gemeinde großen Einfluss bestehende Mittelpunktspächter und Ziegelfabrikant Herr Friedland stand. Diese sahen in der Kalksandsteinfabrik einen geschäftlichen Konkurrenten und trieben in Folgedessen eine jahrelange Agitation gegen sie. Sehr schlecht schneiden nun auch die dort beschäftigten, dem Verband meist noch fernstehenden Kollegen ab, welche statt voller Bohnzahlungen Abzahlungen erhalten. In Folge dessen ist es denn auch mehrfach zu Konflikten mit der Direktion gekommen. Wir rufen nun den dort beschäftigten Kollegen zu: Tretet ein in den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Dieser ist bestrebt, durch gemeinsames und geordnetes Vorgehen Widerstände zu beseitigen.

Uhlenhorst. Regelmäßige Versammlung vom 9. April bei Heids, Mozartstraße. Uebert. Die Sozialgelehrte Deutschlands referierte Genosse Möller. Er beschränkte sich im Wesentlichen auf das Unfallversicherungsgesetz und führte u. A. einige Beispiele aus der Praxis an, wie die zentenempfangenden Arbeiter von Seiten der Versicherung und ihrer Aerzte behandelt werden. So hat beispielsweiseemand, der mit schwieligen Händen zu einer neuen Untersuchung zum Arzt kommt, zu erwarten, dass ihm dieses Umstandes wegen seine Rente recht erheblich gefürchtet wird, weil das ein Zeichen von größerer Arbeitsfähigkeit sei. Sobald ein Berleger, wenn auch nur mit hilfloser Kräften, sich weiterbewegen könnte, bestelle ihn der Arzt zu sich, um durch verschiedene Kunstgriffe die Arbeitsfähigkeit des Invaliden festzustellen. Andererseits sei es noch wenig bekannt, dass bei einer Berichtserstattung eines Leidens der Betriebsleute Ansprüche auf Rentenerhöhung habe. Nach 18jähriger Krankheit, entstanden aus einem Unfall, müsse die Versicherung jetzt ebenfalls einspringen. Auch sei dies verpflichtet. Es ist z. B. in Lodeshalle aus derselben Ursache die Beerdigungskosten bis zur Höhe von 50 Pf. zu tragen. Nach Erledigung verschiedener Tafelangelegenheiten ward einstimmig beschlossen, dass die männlichen Mitglieder, welche am 1. Mai arbeiten, 50 Pf. die weiblichen 25 Pf. an die Volkskasse zu bezahlen haben.

Quittung.
Es werden nur die Gesamtbeiträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.
Bei der Hauptkasse gingen seit dem 29. April folgende Beiträge ein:

Hainholzen 18,90. Freital 13,70. Bergedorf 818,68. Ludwigshafen 378,-. Delmenhorst 279,83. Halberstadt 207,77. Elsen 44,74. Bremen 39,90. Bremen 24,35. Renstadt i. S. 7,20. Schöneberg i. B. 41,05. Coswig 94,06. Langenberg 24,30. Weißkirchen 16,50. Reinold 61,90. Lübeck 2,75. Striegau 32,30. Baling 43,50. Gumbinnen 39,20. Sebnitz 65,10. Fechenheim 29,35. Kleefeld 42,70. Eßlingen 26,80. Böblingen 22,90. Rienberg a. S. 3,60. Birkdorf 214,95. Albersleben 125,95. Steinbach 218,70. Glücksstadt 203,66. Bremgstadt 69,38. Aegidien 110,55. Harburg 80,-. Oberhausen 54,35. Röthen 34,30. Grüner 38,75. Röthen 79,55. Ronkau 1,20. Röthen 79,66. Röthen 26,50. Oberursel 25,66. Bismarck 22,01. Rommers 128,80. Thiede 34,15. Röthen 28,75. Bremgstadt 85,01. Steinberg 5,25. Bening 10, Stuttgart 27,50. Renfeld 325,55. Berlin 257,96. Bielefeld a. Rh. 61,20. Hövelheim 39,20. Kelheim 35,35. Holzen 110,80. Oberdrus 10,25. Brandenburg 5,54. Dagen i. B. 4,25. Schiffmühle 17,90. Bödingen 45,50. Sandersdorf 47,42. Ried 43,08. Stadtteil 12,52. Raumberg a. S. 51,26. Hamm 103,52. Braunschweig 160,-. Hennigsdorf 116,10. Hövelheim 84,05. Stolzenhagen 36,80. Lübeck 2,50. Lüderhütte 22,80. Heilbronn 1,95. Weizen 3,22. Lübeck 14,35. Frankfurt 22,80. Bremen 132,85. Cannstatt 152,28. Thiede a. S. 92,45. Hövelheim 71,13. Günzen 68,60.

Benig 46,23. Alsfeld 7,66. Gaputh 43,66. Marienborn 17,30. Lübeck 21,85. Schluß: Dienstag, den 12. Mai, Mittags 12 Uhr.

Berlorene und für ungültig erklärte Bücher

Nr. 47703. Ausgestellt am 18. Januar 1903 in Hamburg-St. Georg auf den Namen Otto Schumann.
Nr. 61139. Ausgestellt am 2. Februar 1903 in Oberköblau auf den Namen Joh. Köbler.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Gau 11 (Gk Gotha). Vorsitzender: A. Greif, Langensalzaerstraße 27. Kassirer: A. Bachaus, Fabrikstr. 16. Salda (Gau 11). Allianz Köln, Postkasten 9.

Franckfurt a. M. Jean Eiser, Kronprinzenstraße 24, Hinterhaus, 2. Etage.

Lügerdorf. Mag Stadt, Wilhelmstraße 7. Wilhelm a. Rh. Cöln, Klevisch, Wilhelmstraße 30, I.

Ried. Jakob Fischer, Neuermarkt 7.

Salber (Gau 2). Bertrauenkamm: Karl Ruthmann in Bebenstedt bei Salber.

Stade. Reiseunterstützung wird bei Will. Kuhlmann

Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Stadtteil. Oskar Borchs, Wilhelmstraße 11. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt: Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 7—8 Uhr.

Tangermünde. F. Gericke, Stendalerstr. 31.

Briefkästen.

Wer die Adresse des Mitgliedes Wilhelm Wald, Buch-Nr. 42695, kennt, wird gebeten, sie an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Karl Gelpke, Braunschweig, Hildesheimerstraße 8B, III.

Dr. Hebelfinger. Berichte über Festlichkeiten bringen wir nicht.

An die Zahlstellen des Gaues II (Braunschweig).

Unsere diesjährige Gaukonferenz tagt Sonntag, den 31. Mai, am 1. Pfingstag, in Harzburg.

Zagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht der Delegierten.
3. Unsere fernere Agitation und der innere Ausbau unseres Verbandes.
4. Beratung der eingegangenen Anträge.
5. Verschiedenes.

Jede Zahlstelle wählt einen Delegierten. Anträge sowie Namen des gewählten Delegierten sind bis spätestens 24. Mai an den Unterzeichneten einzusenden.

Die Konferenz wird Donnerstag 11 Uhr im Hotel "Zur Mathilde" in Schleweide bei Harzburg eröffnet.

J. A.: Fritz Ohlendorf, Charlottenstr. 4a.

Substralberstraße 163, II.

Die Delegierten werden am Bahnhof empfangen und nach dem Konferenzlokal geleitet. Am 2. Pfingstag gemeinschaftlicher Ausflug nach der "Villa Hügel", Werden a. d. Ruhr, durch die "Wohlfahrtsseinrichtungen" über den Ilsenberg zurück nach Essen. Abmarsch: Morgens 5 Uhr.

[3,60 M.]

Zugesordnung:

1. Wahl des Büros.

2. Wahl der Mandatsprüfungscommission.

3. Bericht des Gauvorstandes:

a) des Vorsitzenden,

b) des Kassierers,

c) der Revisor.

4. Beratung der Delegierten.

5. Anträge.

6. Verschiedenes.

Anträge zur Konferenz, sowie die Namen der Delegierten sind bis zum 20. Mai an den Unterzeichneten einzusenden.

J. A.: Jakob Fittgen, Köln-Ehrenfeld,

Substralberstraße 163, II.

Die Delegierten werden am Bahnhof empfangen und nach dem Konferenzlokal geleitet. Am 2. Pfingstag gemeinschaftlicher Ausflug nach der "Villa Hügel", Werden a. d. Ruhr, durch die "Wohlfahrtsseinrichtungen" über den Ilsenberg zurück nach Essen. Abmarsch: Morgens 5 Uhr.

[1,20 M.]

Zahlstelle Lüneburg.

Am 1. Pfingstag, Nachmittags von 3 Uhr